

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 23

Ausgegeben in München am 19. Dezember 2005

Jahrgang 2005

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften	—
II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Dienstanweisung für die Ministerialbeauftragten für die Realschulen	414
Änderung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des außerschulischen Sports (Sportförderrichtlinien)	415
Zulassung von Lernmitteln	418
III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	—

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2234.1-UK

**Dienstanweisung für die
Ministerialbeauftragten für die Realschulen**
**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**
vom 23. November 2005 Nr. V.4-5 O 6122-5.122 783

Auf Grund von Art. 116 Abs. 4 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und § 116 Abs. 2 der Schulordnung für die Realschulen (RSO) wird bestimmt:

I.

Zur Beratung und Unterstützung der Realschulen in allen schulischen Fragen, insbesondere auch in den Bereichen Schulentwicklung, Unterrichtsqualität (einschließlich Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Leistungsanforderungen und Bewertungsmaßstäbe sowie Sicherung von Standards), zur Koordinierung und Durchführung von Maßnahmen der Evaluation sowie für die Ausübung der unmittelbaren Aufsicht über die Realschulen werden vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus (im Folgenden: Staatsministerium) Ministerialbeauftragte für die Realschulen bestellt. Sie besuchen die Realschulen in regelmäßigen Abständen und berichten dem Staatsministerium. Sie werden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von den ihnen als Sachbearbeitern zugewiesenen Realschuloberlehrern und von Fachmitarbeitern sowie Fachberatern unterstützt.

Sie werden außerdem insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

1. Koordinierung von Maßnahmen und Veranstaltungen verschiedener Realschulen,
2. Beratung der Regierung in fachlichen Angelegenheiten,
3. Mitwirkung bei der Prüfung von Anträgen auf Errichtung und Ausbau von Realschulen,
4. Vorbereitung und Leitung von Schulleiterdienstbesprechungen,
5. Organisation der regionalen Lehrerfortbildung,
6. Verantwortung für das Praktikumsamt,
7. Amtseinführung der neu bestellten und Verabschiedung der ausscheidenden Leiterinnen und Leiter staatlicher Realschulen,
8. Dienstliche Beurteilung der Leiterinnen und Leiter staatlicher Realschulen (soweit erforderlich)

und Überprüfung der dienstlichen Beurteilungen der staatlichen Lehrkräfte an Realschulen,

9. Stellungnahme zu Bewerbungen um die Besetzung von Funktionsstellen und zu Versetzungswünschen von Schulleiterinnen und Schulleitern,
10. Gewährung von Nachteilsausgleich bei Prüfungen und Leistungsnachweisen für behinderte Schülerinnen und Schüler; die Regelungen der Bekanntmachung zur „Förderung von Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und des Rechtschreibens“ vom 16. November 1999 (KWMBI I S. 379) in deren jeweils gültiger Fassung bleiben unberührt.

Die Ministerialbeauftragten erfüllen ferner die Aufgaben, die ihnen das Staatsministerium allgemein oder im Einzelfall zuweist. Sonstige in Rechts- und Verwaltungsvorschriften aufgeführte Aufgaben der Ministerialbeauftragten werden durch diese Bekanntmachung nicht berührt.

II.

1. In jedem Regierungsbezirk wird vom Staatsministerium ein Ministerialbeauftragter für die Realschulen bestellt. Für den Regierungsbezirk Oberbayern wird je ein Ministerialbeauftragter für Oberbayern-West und für Oberbayern-Ost bestellt.
2. Die Aufsichtsbezirke Oberbayern-West und Oberbayern-Ost werden wie folgt abgegrenzt:
 - 2.1 Der Aufsichtsbezirk Oberbayern-West umfasst die Landeshauptstadt München, die Stadt Ingolstadt sowie die Landkreise Dachau, Eichstätt, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Starnberg und Weilheim-Schongau.
 - 2.2 Der Aufsichtsbezirk Oberbayern-Ost umfasst die Stadt Rosenheim und die Landkreise Altötting, Bad Tölz-Wolfratshausen, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, Freising, Miesbach, Mühldorf a. Inn, München, Rosenheim und Traunstein.

Die Ministerialbeauftragten sind auch für die Abendrealschulen zuständig. Die Zuständigkeit für die Schulen besonderer Art betreffend wird auf die Schulordnung für die Schulen besonderer Art (BesASO) vom 29. Juli 1994 (GVBl S. 893) in deren jeweils gültiger Fassung verwiesen.

3. Dienstsitz und Dienststelle der Ministerialbeauftragten ist die Schule, deren Leitung ihnen zugleich übertragen ist. Die Bezeichnung der

Dienststelle lautet: „Der Ministerialbeauftragte für die Realschulen in ...“ (Angabe des Aufsichtsbezirks).

Aufsichtsbezirk: Dienststelle:

Oberbayern-West Ferdinand-von-Miller-Schule
Staatliche Realschule
Fürstenfeldbruck
Bahnhofstraße 15
82256 Fürstenfeldbruck
Tel. (0 81 41) 50 26 10
Fax: (0 81 41) 50 26 11

Oberbayern-Ost Anton-Heilingbrunner-Realschule
Staatliche Realschule
Wasserburg a. Inn
Landwehrstraße 18
83512 Wasserburg a. Inn
Tel. (0 80 71) 9 29 60*)
Fax: (0 80 71) 92 96 33*)

Niederbayern Staatliche Realschule
Landshut
Christoph-Dorner-Straße 18
84028 Landshut
Tel. (08 71) 2 76 12 32
Fax: (08 71) 2 76 12 34

Oberpfalz Albert-Schweitzer-Realschule
Staatliche Realschule
Regensburg II
Isarstraße 24
93057 Regensburg
Tel. (09 41) 5 07 10 96
Fax: (09 41) 5 07 10 99

Oberfranken Johannes-Kepler-Realschule
Staatliche Realschule
Bayreuth II
Adolf-Wächter-Straße 10
95447 Bayreuth
Tel. (09 21) 50 70 38 80
Fax: (09 21) 5 07 03 88 14

Mittelfranken Peter-Henlein-Realschule
Staatliche Realschule
Nürnberg I
Pommernstraße 10
90451 Nürnberg
Tel. (09 11) 64 60 92
Fax: (09 11) 64 68 54

Unterfranken Jakob-Stoll-Realschule
Staatliche Realschule
Würzburg I
Frankfurter Straße 71
97082 Würzburg
Tel. (09 31) 4 53 45 14
Fax: (09 31) 4 53 45 45

Schwaben Bertolt-Brecht-Realschule
Staatliche Realschule
Augsburg I
Völkstraße 20
86150 Augsburg
Tel. (08 21) 3 24 15 21
Fax: (08 21) 3 24 15 25

4. Die Dienststelle des Ministerialbeauftragten führt ein Dienstsiegel mit dem kleinen Staatswappen. § 33 der Lehrerdienstordnung (LDO) gilt entsprechend.

5. Die ständigen Vertreter der Ministerialbeauftragten in der Schulleitung vertreten die Ministerialbeauftragten auch in dieser Funktion, sofern keine abweichende Vertretungsregelung durch das Staatsministerium getroffen ist. Die Bestellung eines weiteren Vertreters regelt jeder Ministerialbeauftragte für seinen Aufsichtsbezirk mit Zustimmung des Staatsministeriums.

Bei Angelegenheiten der eigenen Schule und bei Beschwerden gegen eigene Entscheidungen sind die Ministerialbeauftragten wechselseitig wie folgt zuständig:

Oberbayern-West / Schwaben
Oberbayern-Ost / Niederbayern
Mittelfranken / Oberpfalz
Unterfranken / Oberfranken.

6. Die Ministerialbeauftragten nehmen ihre Aufgaben im Namen und nach den Weisungen des Staatsministeriums wahr.

III.

1. Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2006 in Kraft. Abweichend davon tritt Abschnitt I Nr. 8 mit sofortiger Wirkung in Kraft.

2. Mit Ablauf des 31. Juli 2006 tritt die Bekanntmachung über die Dienstanweisung für die Ministerialbeauftragten für die Realschulen vom 29. Juli 2002 (KWMBI I S. 245), geändert durch Bekanntmachung vom 22. April 2003 (KWMBI I S. 210), außer Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2005 S. 414

2273-UK

**Änderung der Richtlinien über die
Gewährung von Zuwendungen des
Freistaates Bayern zur Förderung
des außerschulischen Sports
(Sportförderrichtlinien)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

vom 30. November 2005 Nr. V.5-5 K 7622-3.23 287

I.

Die KMBek vom 30. September 1997 (KWMBI I S. 298, StAnz Nr. 50), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 15. Dezember 2004 (KWMBI I 2005 S. 54, StAnz 2005 Nr. 1), wird im Einvernehmen mit

*) vorläufig

dem Staatsministerium der Finanzen nach Anhörung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes wie folgt geändert:

1. Teil I Abschnitt B (Förderung des Einsatzes von Übungsleitern) wird wie folgt neu gefasst:

„Abschnitt B: Förderung des Sportbetriebs

1. Zweck der Förderung

Durch die Förderung des Sportbetriebs soll den Vereinen Unterstützung in der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben einerseits im personellen Bereich (wie z.B. der Beschäftigung von Übungsleitern), andererseits im sachlichen Bereich der Bewirtschaftung (einschließlich ggf. Anmietung) notwendiger Räume und Flächen oder ihrer Ausstattung mit Sport- oder Pflegegeräten gewährt werden.

2. Gegenstand der Förderung

Der Sportbetrieb der Vereine wird nach Maßgabe der Nr. 4 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel pauschal (Vereinspauschale) gefördert.

3. Art und Umfang der Förderung

- 3.1 Art der Förderung

Die Zuwendungen werden als projektbezogene Zuschüsse im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt.

- 3.2 Umfang der Förderung

- 3.2.1 Die Höhe der Zuwendung ist abhängig von den im Staatshaushalt für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mitteln im Jahr der Förderung.

Die im Haushalt veranschlagten Mittel werden vom Staatsministerium auf der Grundlage der Mitteilung der nach Nr. 4.3 ermittelten Mitgliedereinheiten auf die Mitgliedsvereine der Dachverbände verteilt.

- 3.2.2 Die Vereinspauschale wird für jedes dem Verein zum Jahresbeginn angehörende Mitglied gewährt.

- 3.2.3 Die Vereinspauschale berücksichtigt die Vereinsmitglieder mit unterschiedlicher Gewichtung nach Maßgabe der in Nr. 4 geregelten Bemessungsgrundlagen.

Der genaue Zuwendungsbetrag eines Vereins wird auf Grundlage der innerhalb der Ausschlussfrist nach Nr. 5 bei den Kreisverwaltungsbehörden vorliegenden Anträgen ermittelt.

- 3.2.4 Eine Vereinspauschale wird nicht gewährt, soweit der Verein nicht mindestens 500 Mitgliedereinheiten (Bagatellgrenze) erreicht. Diese Mitgliedereinheiten werden auch bei der Errechnung der Fördereinheit nach Nr. 4.3 nicht berücksichtigt.

4. Bemessungsgrundlagen

- 4.1 Mitglieder

- 4.1.1 Erwachsene Mitglieder

Jedes Mitglied wird, soweit es nicht nach

Nr. 4.1.2 berücksichtigt wird, einfach gewichtet.

- 4.1.2 Sonstige Mitglieder (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene)

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nach Abschnitt A Nr. 3, die Mitglieder eines Vereins sind, werden zehnfach gewichtet.

- 4.2 Übungsleiterlizenzen

- 4.2.1 Übungsleiterlizenzen, die vom Verein im Sportbetrieb des Jahres, für das die Zuwendung beantragt wird, eingesetzt werden, werden 650-fach gewichtet, wenn sie dem Verein zur Vorlage bei der Kreisverwaltungsbehörde am Stichtag nach Nr. 5 zur Verfügung stehen. Die Gültigkeit der vorgelegten Übungsleiterlizenzen für das Jahr, für das die Zuwendung bewilligt wird, ist durch den Verein, gegebenenfalls durch Entsendung des Übungsleiters auf gültigkeitsverlängernde Fortbildungsmaßnahmen, sicherzustellen.

- 4.2.2 Der Einsatz einer Lizenz kann bei Ermittlung der Bemessungsgrundlage höchstens bei zwei Vereinen berücksichtigt werden. Die Lizenz wird dabei abweichend von Nr. 4.2.1 je zur Hälfte, also 325-fach für einen Verein, gewichtet.

- 4.2.3 Eingesetzte gültige Lizenzen, die nach Nr. 4.2.7 anerkannt sind, können bei Ermittlung der Bemessungsgrundlage nur bei einem Verein berücksichtigt werden und werden 325-fach gewichtet.

- 4.2.4 Übersteigt die Zahl der eingesetzten gültigen Übungsleiterlizenzen nach Nr. 4.2.1 bis 4.2.3 vier Prozent der Gesamtmitgliederzahl des Vereins, so können die übersteigenden Lizenzen keine Berücksichtigung mehr finden.

- 4.2.5 Anerkannt sind alle Übungsleiter des Bayerischen Landes-Sportverbandes (BLSV), seiner Verbandsgliederungen und Anschlussorganisationen, die nach den Richtlinien des Deutschen Sportbundes (DSB) oder nach ergänzenden vom Ministerium genehmigten Bestimmungen ausgebildet und geprüft sind und über einen vom BLSV ausgestellten gültigen Übungsleiterausweis verfügen.

- 4.2.6 Anerkannt sind ferner Übungsleiter von Verbänden außerhalb des BLSV, die von ihrer zuständigen bayerischen Dachorganisation nach Richtlinien ausgebildet und geprüft sind, die vom Ministerium erlassen oder genehmigt worden sind und über einen von dieser Dachorganisation ausgestellten, gültigen Übungsleiterausweis verfügen.

- 4.2.7 Lizenzen, die nicht unter Nrn. 4.2.5 und 4.2.6 fallen, können gem. Nr. 4.2.3 berücksichtigt werden, sofern auf Antrag der zuständigen bayerischen Dachorganisation eine Anerkennung seitens des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus erfolgt.

- 4.2.8 Eine abschließende Liste der anerkannten Übungsleiterlizenzen stellt das Staatsministe-

rium für Unterricht und Kultus den Kreisverwaltungsbehörden zur Verfügung.

4.3 Berechnungsverfahren

Aus den Angaben der Vereine bei Antragstellung gem. Nr. 5 wird unter Anwendung der nach Nrn. 4.1 und 4.2 vorgegebenen Gewichungen die Gesamtzahl der Mitgliedereinheiten (ME) errechnet.

Erwachsene Mitglieder + (Sonstige Mitglieder x 10) + (eingesetzte gültige Übungsleiterlizenzen x 650 + eingesetzte halbe gültige Übungsleiterlizenzen/Lizenzen nach Nr. 4.2.3 x 325 (max. 4% der Gesamtmitgliederzahl)) = ME

Der zur Verfügung stehende Haushaltsbetrag wird durch die Gesamtzahl der gemeldeten Mitgliedereinheiten der Vereine dividiert und so die Fördereinheit (FE) errechnet, die auf eine Mitgliedereinheit entfällt.

Die Fördereinheit wird nach kaufmännischen Regeln auf zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

Haushaltsbetrag / ME = FE

Die Fördereinheit wird mit der Zahl der für den jeweiligen Sportverein ermittelten Mitgliedereinheiten multipliziert und ergibt so den Förderbetrag (FB), der dem Verein zur Verfügung gestellt wird.

FE x ME (Verein) = FB

5. Antragsverfahren

5.1 Die Vereine beantragen die Gewährung der Vereinspauschale bei ihrer örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde.

Der Antrag muss vollständig mit allen Angaben und Anlagen spätestens am 1. März des jeweiligen Jahres, für das die Zuwendung beantragt wird (Ausschlussfrist!), bei der Kreisverwaltungsbehörde eingegangen sein.

Dabei sind die Daten des Mitgliederbestandes zum 1. Januar sowie nach diesen Richtlinien für eine Förderung erforderliche weitere Angaben zusammen mit den für die Abrechnung zur Verfügung gestellten gültigen Übungsleiterlizenzen im Original vorzulegen.

5.2 Reicht ein Verein eine Übungsleiterlizenz ein, die auch in einem anderen Verein gem. Nr. 4.2.2 eingesetzt wurde und auch dort berücksichtigt werden soll, so hat er dies bei Antragstellung unter Bezeichnung der betreffenden Lizenz und des anderen Vereins anzugeben.

Ein Verein, der die Lizenz nicht im Original vorlegen kann und ihre Berücksichtigung gem. Nr. 4.2.2 beantragt, hat bei Antragstellung die Lizenz und den Verein, der sie im Original vorlegt, zu bezeichnen.

5.3 Soweit bei einer Berücksichtigung von Übungsleiterlizenzen nach Nr. 4.2.2 für die beiden antragstellenden Vereine unterschiedliche Kreisverwaltungsbehörden örtlich zuständig sind, teilt die Kreisverwal-

tungsbehörde, bei der die Lizenz im Original vorliegt, der betroffenen Behörde mit,

- dass eine Berücksichtigung der Lizenz nach Nr. 4.2.2 beantragt wurde
- und die betreffende Lizenz dem Antrag im Original beiliegt.

Nur bei Vorliegen dieser Mitteilung darf die betroffene Kreisverwaltungsbehörde eine Berücksichtigung nach Nr. 4.2.2 für einen Verein ohne Vorlage der Originallizenz vornehmen.

6. Mittelbereitstellung, Bewilligung und Auszahlung

6.1 Mittelbereitstellung durch das Staatsministerium

Die Kreisverwaltungsbehörden teilen den Regierungen

- die Gesamtzahl der nach Nr. 4.3 ermittelten Mitgliedereinheiten (ME) sowie
- die für ihre Ermittlung zugrunde gelegten Bestandsdaten nach Nrn. 3.2.2, 4.1 und 4.2 mit.

Die Regierungen beantragen beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus unter Angabe der Gesamtzahl der in ihrem Bezirk ermittelten Mitgliedereinheiten (ME) und der für ihre Ermittlung zu Grunde liegenden Bestandsdaten die Zuweisung der Fördermittel.

Das Staatsministerium ermittelt den Betrag, der sich aus den Meldungen der Regierungen für eine Fördereinheit (FE) nach Nr. 4.3 ergibt, und weist jeder Regierung den für ihre gemeldeten Mitgliedereinheiten (ME) entsprechenden Betrag an Haushaltsmitteln zu.

6.2 Bewilligung

Die Kreisverwaltungsbehörden bewilligen den Vereinen die Zuwendungen nach Mitteilung der verfügbaren Summe durch die Regierungen.

Eine Bewilligung unterbleibt, sofern ein Verein die Bagatellgrenze gem. Nr. 3.2.4 nicht erreicht.

6.3 Auszahlung

Die Regierungen übertragen auf der Grundlage der gemeldeten Mitgliedereinheiten (ME) den Kreisverwaltungsbehörden die Bewirtschaftungsbefugnis über die staatlichen Mittel (vgl. VV Nr. 1 und 2 zu Art. 34 BayHO).

Zuständige Kassen sind grundsätzlich die Staatsoberkassen (vgl. VV Nr. 2 zu Art. 79 BayHO), die von den Kreisverwaltungsbehörden entsprechende Auszahlungsanordnungen erhalten.

Es können jedoch auch andere Auszahlungswege gewählt werden.

7. Kooperationsmodell „Sport nach 1 – Sport in Schule und Verein“

Sportarbeitsgemeinschaften im Rahmen des Kooperationsmodells „Sport nach 1 – Sport in Schule und Verein“ werden nicht nach diesen

Richtlinien, sondern nach den Bestimmungen in der Broschüre „Sport nach 1 – Sport in Schule und Verein“ gefördert, soweit keine aktuelleren Regelungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus hierzu bestehen.“

2. Teil I Abschnitt C wird aufgehoben.
3. Teil I Abschnitt D (Förderung des Sportstättenbaus) wird wie folgt geändert:

- 3.1 Nr. 3.2.3 Satz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Das gesetzliche Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund gemäß § 543 BGB bleibt davon unberührt.“

- 3.2 Nr. 7.1.3 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Soweit zum Zeitpunkt der Behandlung des Antrags keine Haushaltsmittel für eine Bewilligung zur Verfügung stehen, wird der Antragsteller über die festgestellten zuwendungsfähigen Kosten und die sich hieraus ergebenden Förderanteile mit dem ausdrücklichen Hinweis informiert, dass hierdurch kein Rechtsanspruch auf Förderung entsteht und eine Bewilligung erst zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem Staatsmittel für die Förderung der beantragten Maßnahme im Haushalt eingestellt sind.“

4. Teil I Abschnitt E (Förderung der Beschaffung beweglicher Sportgroßgeräte) wird aufgehoben.

5. Teil III wird folgende Nr. 8 angefügt:

„8. Ausgleichsregelung

Zur Vermeidung existenzgefährdender Veränderungen bei der Umstellung der Sportförderung der Vereine auf das pauschalierte Verfahren gilt, befristet bis zum 31. Dezember 2008, folgende Regelung:

Die Kreisverwaltungsbehörden prüfen nach Mitteilung der Fördereinheiten (FE) die sich für die Vereine ergebenden Förderbeträge (FB).

Übersteigt der Förderbetrag die im Jahr 2005 bewilligte Zuwendung für Übungsleiter um mehr als 20%, so ist die Förderung auf diesen Betrag zu begrenzen.

Die einbehaltenen Mittel werden von den Kreisverwaltungsbehörden auf die Vereine, deren Förderbetrag die im Jahr 2005 bewilligte Zuwendung für Übungsleiter unterschreitet, im Verhältnis zur jeweiligen Unterschreitung verteilt.“

II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2006 in Kraft. Die Gültigkeit der Bekanntmachung vom 30. September 1997 wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen verlängert und tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Siegfried Schneider
Staatsminister

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 6. Dezember 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.126 802

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

1. Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Englisch

Diesterweg Verlag, Braunschweig:

***Bausteine · Magic**, Bayern, hrsg. v. Piepho:

4: BN 02172, Aufl. 05/**Druck A¹**, 8,50 €, ZN 200/05-V (19.12.05)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Discovery**, v. Behrendt u.a.:

4: BN 127054, Aufl. 05/**Druck A¹**, 8,95 €, ZN 198/05-V (19.12.05)

Hauptschule

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

***Mathematik**, *Ausg. B*, v. Brandl u.a.:

Buch 6: BN 3476-3, 1. Aufl. 05, 15,95 €, ZN 213/05-V (19.12.05)

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Mathe aktiv**, Bayern:

8: hrsg. v. Bauhoff/Wynands, BN 44058, Aufl. 05/**Druck A¹**, 16,95 A, ZN 205/05-V (19.12.05)

Realschule

Mathematik

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

***Thema Mathe** (R6), hrsg. v. Reich/Rothmeier:

9 II: BN 6029, 1. Aufl. 05, 19,20 €, ZN 204/05-R6 (19.12.05)

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

***X Quadrat · Mathematik**, v. Gierse u.a.:

10 II/III: BN 83350, 1. Aufl. 05, 19,45 €, ZN 197/05-R6 (19.12.05)

Förderschulen und Schulen für Kranke**Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung****Fachunterricht****Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Hauspflege mit System**, v. Sauer/Stäblein, BN 4821, 5. durchges. Aufl. 05, 18 €, ZN 133/90-SB (19.12.05), zugl. f.d. FS Lernen in Haushaltskunde

3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Englisch****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:*****Discovery – Activity Book**, v. Behrendt u.a.:

4: BN 127514, Aufl. 05/**Druck A1**, 6,50 €, ZN 199/05-V (19.12.05)

Gymnasium**Deutsch – Sprachlehre****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

***WortArt – Arbeitsheft für Gymnasien in Bayern**, hrsg. v. Ensberg:

6: BN 121236, Aufl. 05/**Druck A1**, 6,95 €, ZN 209/05-G8 (19.12.05)

Berufliche Schulen**Fachoberschule / Berufsoberschule****Rechtslehre****Punkt Verlag, München:*****Rechtslehre berufliche Oberstufe:**

Grundlagen des Rechts/Bürgerliches Recht/Handels- und Gesellschaftsrecht: v. Weingärtler, 4. überarb. u. akt. Aufl. 04, 10 €, ZN 216/05-FO/BO (19.12.05), zugl. f.d. Jgst. 11 u. 12 d. Ausbildungsricht. Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege sowie Sozialwesen (FOS) bzw. f.d. Jgst. 13 d. Ausbildungsricht. Sozialwesen (BOS)

Wirtschaftsinformatik**Winklers Verlag, Darmstadt:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Kaufmännische Datenverarbeitung im Betrieb – MS-Office 2000**, v. Gratzke/ Köhler, BN 4679, 3. überarb. Aufl. 05, 24,20 €, ZN 177/03-FO/BO (19.12.05)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 19. Dezember 2005 in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor